

Schneeweiss, Ulli

Von: Harry Scheuenstuhl Privat <Scheuenstuhl.Harry@online.de>
Gesendet: Sonntag, 5. September 2021 08:38
An: Schneeweiss, Ulli
Betreff: Ihre Anfrage zur Bundestagswahl

Sehr geehrter Herr Schneeweiß,

anbei meine Antwort zu ihrer Anfrage. Leider konnte ich ihre Fragen nicht früher beantworten.

Frage 1: Outsourcing Es gibt immer noch eine starke Tendenz, bestimmte Dienstleistungen wie Küche, Reinigung, Gebäudereinigung usw. aus den Kliniken auszulagern (Outsourcing). Wie sehen Sie diese Entwicklung und wie stehen Sie zu den Forderungen, dieses Outsourcing zu stoppen und umzukehren?

Ich bin nicht der Meinung, dass eine Verlagerung von Dienstleistungen sinnvoll ist. Wir sollten versuchen die bereits abgegebenen Einheiten wieder zu integrieren. Die SPD Nürnberg hat gerade erst sehr erfolgreich ein Outsourcing im Klinikum verhindert

Frage 2: Weg von den Fallpauschalen / DRG's? In den Krankenhäusern gibt es pauschale Vergütungssysteme für die Betriebskosten (diagnoseorientierte Fallpauschalen; DRGs) von somatischen Häusern und Pauschale Entgelte in der Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) von denen beträchtliche Fehlanreize in Richtung Ökonomisierung und Kommerzialisierung ausgehen. Es gibt Diskussionen, diese Finanzierungssysteme zu reformieren und wieder stärker zur Selbstkostendeckung zurückzukehren. Wie ist Ihre Position hierzu?

Frage 3: Personalbemessung am tatsächlichen Bedarf statt Fallpauschalen? Es gibt seit Jahren eine Forderung nach Einführung einer bedarfsgerechten Personalbemessung in der Pflege. Diese war eigentlich für die laufende Wahlperiode versprochen worden im Rahmen einer „Konzertierten Aktion Pflege“. Wie stehen Sie zu der Forderung? Was werden Sie tun, um diese in der kommenden Wahlperiode Wirklichkeit werden zu lassen?

Frage4: Nur noch größere und spezialisiertere Krankenhäuser? In der Diskussion über die Krankenhäuser in Deutschland wird von Einigen die Position vertreten, man könne rund die Hälfte aller Krankenhäuser schließen und die Versorgung auf größere und spezialisiertere Häuser konzentrieren, ohne dass die Versorgung der Bevölkerung darunter leiden würde. Wie ist Ihre Meinung zu dieser These? Bitte begründen Sie Ihre Haltung.

Frage 5: Kleine Klinikstandorte in der Region auch bei Unterdeckung beibehalten? Diese Pauschalen Vergütungen haben auch zu Folge, das kleine Krankenhäuser oder auch kleinere Standorte von Krankenhausverbänden schnell ins Defizit geraten und in ihrer Existenz bedroht sind. Das gilt auch für die kleineren Standorte von ANregiomed in Rothenburg und Dinkelsbühl. Wie stehen Sie zum Erhalt der Standorte von ANregiomed?

Frage 6: Privatisierung? Wir erleben seit einigen Jahrzehnten einen deutlichen Privatisierungsschub bei den Krankenhäusern. Waren 1991 nur rund 15% der Krankenhäuser in

privater Trägerschaft, so ist dieser Anteil in 2019 auf 37% angestiegen. 80% dieses „Marktes der privaten Krankenhäuser“ befindet sich dabei in den Händen von den drei großen Krankenhauskonzernen Helios, Asklepios und Sana. Diese haben in den letzten 10 Jahren rund 10 Mrd. Euro Gewinn an ihre Anteilseigner ausgeschüttet. Was ist Ihre Meinung zu dieser Entwicklung? Und was könnte oder sollte man tun?

Ich setze mich für den Erhalt der Klinikstandorte in Rothenburg und Dinkelsbühl ein.

Zu den Fragen 2 - 6: Aus dem Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl

Eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung kann am besten durch eine Neuordnung der Rollenverteilung zwischen ambulantem und stationärem Sektor, durch eine Überwindung der Sektorengrenzen und eine gute Koordination und Kooperation der medizinischen, psychotherapeutischen und pflegerischen Berufe gelingen. Wir brauchen darum eine stärkere Öffnung von Krankenhäusern für ambulante, teambasierte und interdisziplinäre Formen der Versorgung.

Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht eine stabile und solidarische Finanzierung. Steuerzuschüsse und Investitionsmittel sollten mit klaren Zielvorgaben für die Reform des Systems verbunden werden. Wir werden eine Bürgerversicherung einführen. Das bedeutet: Gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, eine solidarische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen. Gesundheit ist keine Ware, deshalb müssen in unserem Gesundheitssystem die Bürger/innen im Mittelpunkt stehen.

Der Staat muss deshalb sicherstellen, dass die Leistungen der Gesundheitsversorgung den Bedürfnissen derer entsprechen, die sie benötigen. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne in der Pflege sind dafür eine wichtige Grundlage. Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf.

Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden. Wir wollen die Kommerzialisierung im Gesundheitswesen beenden, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, sollen verpflichtend und weitestgehend wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen. Wir stärken die Kommunen bei der Einrichtung und beim Betreiben der integrierten medizinischen Versorgungszentren. Das System der Fallpauschalen werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen.

Die Grundkosten der Krankenhäuser und der integrierten medizinischen Versorgungszentren werden wir angemessen finanzieren. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.

Den individuellen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen werden Fallpauschalen nicht gerecht. Sie führen dazu, dass Kinderkliniken außerhalb der Ballungsräume sich nicht rechnen und geschlossen werden. Deshalb werden wir die Finanzierung der Kinder- und Jugendmedizin neu strukturieren. Wir werden auch die ambulante und integrierte psychotherapeutische Versorgung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene stärken, damit sie niedrigschwellig und ohne lange Wartezeiten allen zugänglich ist.

Insgesamt werden wir für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Kliniken, den Erhalt der Versorgung inklusive den Ausbau der integrierten Versorgungszentren in den ländlichen Regionen sowie eine integrierte, bessere Notfallversorgung sorgen.

Ganz wichtig ist: Bei den Krankhäusern ist natürlich der Freistaat Bayern in der Pflicht. Es braucht endlich eine vernünftige Krankenhausplanung für die Häuser der Grund-, Regel- und Maximalversorgung.

Viele Grüße
Harry Scheuenstuhl

Harry Scheuenstuhl,
Abgeordneter a.D.
Triesdorfer Str. 21
91522 Ansbach
Scheuenstuhl.Harry@online.de